

In Österreich kann BDS-Austria ihre Kontoverbindung bei der Erste Bank nicht mehr benutzen. Im März dieses Jahres sah sich das Alternative Kulturzentrum Amerlinghaus durch die Stadt Wien gezwungen, eine Raumzusage für eine Palästina-Solidaritätsveranstaltung zurückzunehmen.

Angesichts der faktisch kolonialistischen und apartheidähnlichen Politik Israels sehen wir keine Veranlassung diesen Repressionen nachzugeben. Im Gegenteil!

Will man also als Konsument beim Einkauf in diesem Zusammenhang seine Verantwortung wahrnehmen, sollte man sich mit den Markennamen jener israelische Produkte vertraut machen, die sich auch in den Regalen unserer Supermärkte und Fachgeschäfte finden.

Aufgelistet sind sie unter mehreren Internetlinks, z.B. <https://boycottisraeltoday.wordpress.com/boycott-israel/>

Besonders streng zu beurteilen sind jene Waren, die ganz oder teilweise in den völkerrechtlich illegalen israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten hergestellt werden. Laut einer EU-Richtlinie dürfen diese nicht mehr als „Made in Israel“ bezeichnet, sondern müssen extra als Siedlungsprodukte ausgewiesen werden.

Mehr Infos auf: BDS
AUSTRIA

<http://www.bds-info.at/>



Und auch die **Steirische Friedensplattform** sagt:



„Israelische Produkte? Nein, danke!“

Steirische Friedensplattform

www.friedensplattform.at

Freiheit für Palästina!
Auch DU kannst etwas tun!
Mach mit bei der BDS-Kampagne
Boycott-Desinvestment-Sanktionen



BDS: Gewaltfrei für die Freiheit des Palästinensischen Volkes

PALÄSTINA, das Land zwischen Mittelmeer und Jordanfluss kennt die ganze Welt. Die Kolonialmacht England übertrug 1917 ihre Macht über das Land an nationalistisch gesinnte JüdInnen. Diese waren damals auf der Suche nach einem eigenen Staat. Palästina als das Tor zum Weltmarkt für den Westen, sollte unter Kontrolle des Westens bleiben. Ein jüdisch-zionistischer Staat schien der ideale Stellvertreter für westlich-koloniale Profitinteressen. Die einheimische Bevölkerung, die PalästinenserInnen, wurden nie gefragt.

Es ist verständlich, dass sich die arabische Seite mit der Aufteilung von 1947* nicht einverstanden erklären konnte. Die politisch, gesellschaftlich, wirtschaftlich und militärisch besser organisierte jüdische Seite setzte sich durch. 750.000 PalästinenserInnen wurden in das Exil getrieben, hunderte arabische Dörfer dem er Erdboden gleichgemacht.

Diese Katastrophe („Naqba“) des palästinensischen Volkes schreibt sich bis heute fort. Israel hat sein Staatsgebiet auf nahezu 80 Prozent der Fläche Palästinas ausgedehnt. Auf den restlichen 20 Prozent hält Israel eine drückende Militärbesatzung über mehrere Millionen PalästinenserInnen aufrecht und betreibt durch seine völkerrechtswidrige Siedlungspolitik in Ostjerusalem und der Westbank eine fortgesetzte Landnahme. Zu Recht wird diese Politik Israels in der Weltöffentlichkeit zunehmend als Form des Kolonialismus und der Apartheid kritisiert.

* Ein Schlüsselereignis in der Inbesitznahme Palästinas durch Israel war der UN-Teilungsplan vom 29. Nov. 1947. Der Beschluss erfolgte unter dem Eindruck des vorausgegangenen Holocausts durch die Nationalsozialisten. Obwohl zum damaligen Zeitpunkt erst 7 % des Landes in jüdischem Besitz waren und der jüdische Bevölkerungsanteil nur ca. ein Drittel ausmachte wurde das Land so geteilt, dass 56 % des Landes einem jüdischen Staat zugesprochen wurden. Hinzu kam, dass der Großteil des fruchtbaren Ackerlandes dem jüdischen Staat zugeschlagen wurde. Auf den restlichen etwa 44 Prozent des Territoriums sollte ein unabhängiger palästinensischer Staat entstehen.

Trotz des allgegenwärtigen harten Drucks durch die Militärbesatzung Israels ist der Widerstand des palästinensischen Volkes ungebrochen. Eines seiner wichtigsten gewaltfreien Instrumente ist die BDS-Bewegung. Sie wurde im Jahr 2005 von 170 Organisationen der palästinensischen Zivilgesellschaft gegründet. **Durch Boykott israelischer Waren, Desinvestment (= Abzug ausländischer Kapitalinvestitionen) und Sanktionen verschiedener Art soll Israel veranlasst werden, seine bedingungslose Politik der gewaltsamen Unterdrückung aufzugeben und einen fairen Friedensprozess mit dem palästinensischen Volk zu beginnen.**

Die BDS-Bewegung findet zunehmend auch Unterstützung in Europa. Manche Gruppen und Einzelpersonen der Jüdischen Diaspora sympathisieren mit ihr. Sie wird von Israel als langfristige Gefahr erkannt und kann daher nicht mehr ignoriert werden. Aus diesem Grund hat die zunehmend faschistoid agierende Regierung Netanyahu eine finanziell gut ausgestattete internationale Gegenkampagne gestartet.

BDS-Aktivitäten werden als antisemitisch diffamiert und mit der hetzerischen Nazi-Parole „Kauft nicht bei Juden!“ gleichgesetzt. Bewusst wird dabei ein wesentliches Faktum ignoriert und in sein Gegenteil verkehrt:

Die Parole des Hitler-Regimes war Teil der rassistischen Kampagne eines hemmungslosen Machtstaates gegen eine schutzbedürftige Minderheit, während sich die BDS-Bewegung als Schutzmaßnahme der wehrlosen palästinensischen Zivilgesellschaft gegen einen repressiven Besatzerstaat richtet und *nach Erreichung eines gerechten Friedens ihr Ende finden wird.*

Israel fürchtet die BDS-Bewegung auch deshalb, weil sie in den 1980er-Jahren von der Afrikanischen Nationalbewegung international erfolgreich gegen das weiße Rassisten-Regime in Südafrika eingesetzt wurde und erkennbar zu dessen Sturz beigetragen hat.

Jüngst hat Ronnie Kasrils, ein aus dem Judentum stammender weißer Südafrikaner, der in der Regierung Nelson Mandelas Minister war, die Kritik Israels an der BDS-Kampagne als „lächerlich“ bezeichnet. Er forderte BDS-AktivistInnen auf, sich nicht davon beeindrucken zu lassen.



Israelische Produkte?
Nein, danke!"

Vorderhand fällt die von Israel ausgehende Diffamierung von BDS-Aktivitäten in verschiedenen westlichen Staaten auf teilweise fruchtbaren Boden.

Um jede Kritik an den Besatzungspolitik Israels im Allgemeinen und an seinen unzähligen Menschenrechtsverletzungen im Einzelnen zum Verstummen zu bringen sollen Gruppen, die sich an der Kampagne beteiligen, kriminalisiert werden.

Zunächst in Israel selbst, wo die Meinungsfreiheit zu BDS-Aktivitäten eingeschränkt und diesbezügliche Beteiligungen strafgesetlich sanktioniert werden sollen. Israel Katz, ein Mitglied der Regierung Netanyahu rief gar zur „gezielten zivilen Eliminierung“ von BDS-AktivistInnen auf...

In den USA und Kanada gibt es auf Druck der starken Pro-Israel-Interessensgruppen bereits **Verbote der Unterstützung von BDS-Aktivitäten**, in Frankreich gab es gar schon **erste Prozesse und Verurteilungen**.

Auch in anderen Staaten werden die Wirkmöglichkeiten zur Unterstützung von BDS-Maßnahmen bereits spürbar eingeschränkt. Banken kündigen

Friedens- und Menschenrechtsgruppen, die sich zu BDS bekennen, die Konten; die Zusage von Räumen für Veranstaltungen werden kurzfristig zurückgezogen.

Der historisch Kundige kann die Diffamierung der BDS-Bewegung durch die israelische und israelfreundliche Propaganda traurig wiedererkennen - es war nämlich die jüdische Nationalbewegung des Zionismus selbst, die seit Anfang des 20. Jahrhunderts zur Durchsetzung ihrer Ziele in Palästina die Boykott-Parole propagierte: Neben den Losungen „Jüdischer Boden“ (Boden im Besitz eines Juden durfte nicht an Nichtjuden/Araber weitergegeben werden), „Jüdische Arbeit“ (Firmen in Besitz eines Juden sollten keine nichtjüdischen/arabischen Arbeitskräfte beschäftigen), war der Aufruf „Jüdische Ware“ (Juden sollten nur Waren aus jüdischer Produktion kaufen) die 3. Kampfparole mit der die Wirtschaft der alteingesessenen arabischen Bevölkerung geschwächt und sie aus dem Land gedrängt werden sollte.